

# ANALYSEPAPIER

## **CORONA-KOSTEN SOLIDARISCH FINANZIEREN, PREKARISIERUNG BEKÄMPFEN, KLIMAKRISE ANGEHEN:**

Für eine radikale soziale und ökologische Erneuerung

(Hintergrundpapier des Präsidiums, nicht antragsberechtigt)



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>1. Konjunkturlage: Die Krise als Beschleuniger der sozialen Polarisierung</b>	<b>4</b>
<b>2. Corona-Schulden stehen lassen - Wider den rechten Schuldenalarmismus</b>	<b>9</b>
<b>3. Impulsprogrammplan für eine soziale und ökologische Erneuerung</b>	<b>12</b>
<b>4. Solidarische Finanzierung des Neustarts</b>	<b>14</b>

## EINLEITUNG

An der Delegiertenversammlung vom 13. Februar 2021 hat die SP Schweiz ein erstes Positionspapier zur Bewältigung der Corona Krise mit dem Titel **«Gesundheit schützen – Existenzen sichern»**<sup>1</sup> verabschiedet. Viele Fragen zu den Ursachen und Folgen der Corona-Krise blieben darin noch unbeantwortet: Prekarisierung, ökonomische Ungewissheit, Rückverteilung, Gleichstellung, solidarische Krisenfinanzierung, sozialer und ökologischer Neustart. Jetzt legt die SP Schweiz im Hinblick auf die Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 das hier vorliegende Analysepapier sowie ein Forderungspapier zu den drängenden Fragen im Bereich Finanzpolitik vor und präsentiert darin ein sozialökologisches Programm für eine Erneuerung nach der Krise. Die konkreten Forderungen sind in einem separaten Papier ausgliedert. Die längerfristigen Lektionen, welche aus der Corona-Krise zu ziehen sind, werden dann Thema sein am Parteitag vom 28. August 2021. Dort wird es vor allem um das Gesundheits- und Sozialsystem gehen, also die Aufwertung der Pflege, die Finanzierung und Organisation des Gesundheitssystems, aber auch um die Lücken im Sozialsystem, die die Corona-Krise zum Beispiel bei Selbständigen offenbart hat, sowie die Rolle der Pharmaindustrie beziehungsweise das Funktionieren der Institutionen und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Wie wir gelernt haben, besteht eine Pandemie aus drei Phasen, die sich überschneiden: In einer ersten Phase des allgemeinen Notstands geht es darum, den gesundheitlichen Kollaps zu verhindern, die Kranken zu versorgen, alle Ressourcen im Gesundheits- und Pflegebereich zu mobilisieren sowie lebenswichtige Güter bereitzustellen, in diesem Fall Schutzausrüstung, Krankenhausbetten, Intensivstationen und Beatmungsgeräte. Pflegefachleute, Ärztinnen, Apothekenpersonal, Pöstlerinnen, Strassenreiniger, Busfahrerinnen, Supermarkt-Kassierer, Lehrerinnen und Kinderbetreuerinnen sowie viele mehr haben in dieser Phase, die immer noch andauert, Ausserordentliches geleistet – sie mussten trotz Lockdown weiter an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, vielfach unter prekären Bedingungen. Viele dieser Berufe haben eines gemeinsam: Sie sind zu wenig gut bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind prekär.<sup>2</sup> In einer zweiten Phase geht es darum, die Epidemie unter Kontrolle zu bringen. In dieser Phase sind die gesellschaftlichen Prioritäten zweifach: Ein grosser Teil der Bevölkerung muss in sicherer Quarantäne gehalten werden, während gleichzeitig die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und mit grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen ist und zwar so lange, wie es nötig ist, um das Virus unter Kontrolle zu bringen oder bis es einen Impfstoff gibt. In dieser Phase gilt es auch, die besonders betroffenen Beschäftigten und Branchen zu schützen und finanziell mit Staatshilfe über Wasser zu halten. Schliesslich wird es ein Nachspiel geben, eine dritte Phase, in der sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen entfalten. Wir befinden uns momentan zwischen der zweiten und dritten Phase. Die Vorbereitung der dritten Phase verlangt von uns, weitreichende Entscheidungen zu treffen: **Wir können dabei wählen zwischen einem destruktiven wirtschaftlichen und**

---

<sup>1</sup> [BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE: GESUNDHEIT SCHÜTZEN –EXISTENZEN SICHERN](#), Positionspapier der SP Schweiz, verabschiedet an der digitalen Delegiertenversammlung vom 13. Februar 2021

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Forderungen im ersten Positionspapier vom 13. Februar 2021

## **sozialen «Weiter so» und einem radikalen sozialen und ökologischen Neustart nach der Krise.**

Nachdem die SP bereits massgeblich dafür gesorgt hat, dass die schlimmsten sozialen und ökonomischen Folgen gegen den Willen der Bürgerlichen abgefedert werden konnten (Sicherung von Arbeitsplätzen, Hilfe für KMUs, Kultur und Selbständige, Aufstockung Kurzarbeitsgeld, Mieterlasse in diversen Kantonen), geht es nun darum, eine Perspektive für eine Erneuerung nach der Krise zu entwickeln. Diese ist dringend notwendig: Bereits jetzt ist klar, dass die Krise die bestehenden sozialen Gegensätze weiter verschärft hat und weiter vertiefen wird, dass die Prekarisierung vieler Beschäftigter voranschreitet und Leistungsdruck sowie Beschäftigungsunsicherheit zunehmen. Entgegen der Floskel, wir sässen alle im gleichen Boot, trifft die Krise die Menschen dabei höchst ungleich: Auch wenn alle zurückstecken mussten, trifft es jene besonders hart, die schon vorher kaum Reserven hatten. Das gilt in erster Linie für Frauen; und zwar sowohl ökonomisch, weil sogenannte «Frauenberufe» besonders betroffen waren, als auch sozial: Das zeigen nicht zuletzt die steigenden Zahlen von häuslicher Gewalt. Für die SP ist deshalb klar, dass wir als Gesellschaft feministischer, ökologischer, sozialer und demokratischer aus der Krise hervorgehen müssen. Nur so können wir uns für künftige Krise wappnen.

Die Krisenfinanzierung ist dabei alles andere als eine nebensächliche technokratische Frage. Wenn in der Corona-Krise die 300 Reichsten der Schweiz noch reicher werden, die Konzerne Dividenden in Rekordhöhe ausschütten, während Hunderttausende um ihre Existenz bangen und kein Einkommen haben, droht nach der Gesundheitskrise eine soziale Krise mit grosser Sprengkraft. **Darum wehrt sich die SP dagegen, dass jene, die in der Krise besonders gefordert wurden, auch noch die Hauptlasten der Folgen tragen sollen. Eine Erhöhung der Steuern auf Arbeitseinkommen oder der Konsumsteuern (Mehrwertsteuer) zur Finanzierung der Krise lehnt die SP ab. Vielmehr sind die Corona-Kosten als ausserordentliche Ausgaben zu betrachten – die daraus entstehende Verschuldung muss und soll nicht abgebaut werden.** Denn öffentliche Sparprogramme würden wiederum die Schwächsten – darunter besonders viele Frauen und Menschen mit Migrationsvordergrund – am meisten treffen und der Konjunkturerholung diametral entgegenwirken. **Vielmehr gilt es mit einem Neustartprogramm die Lebensgrundlagen für all jene zu verbessern, welche bereits vor der Krise mit unsicheren Zukunftsaussichten zu kämpfen hatten, in Sorge vor steigenden Kosten für Gesundheit, Wohnen, Kinderbetreuung, der Qualität öffentlicher Dienstleistungen und der Zerstörung der Umwelt lebten und nun auch noch die grössten Lasten zu tragen hatten.**

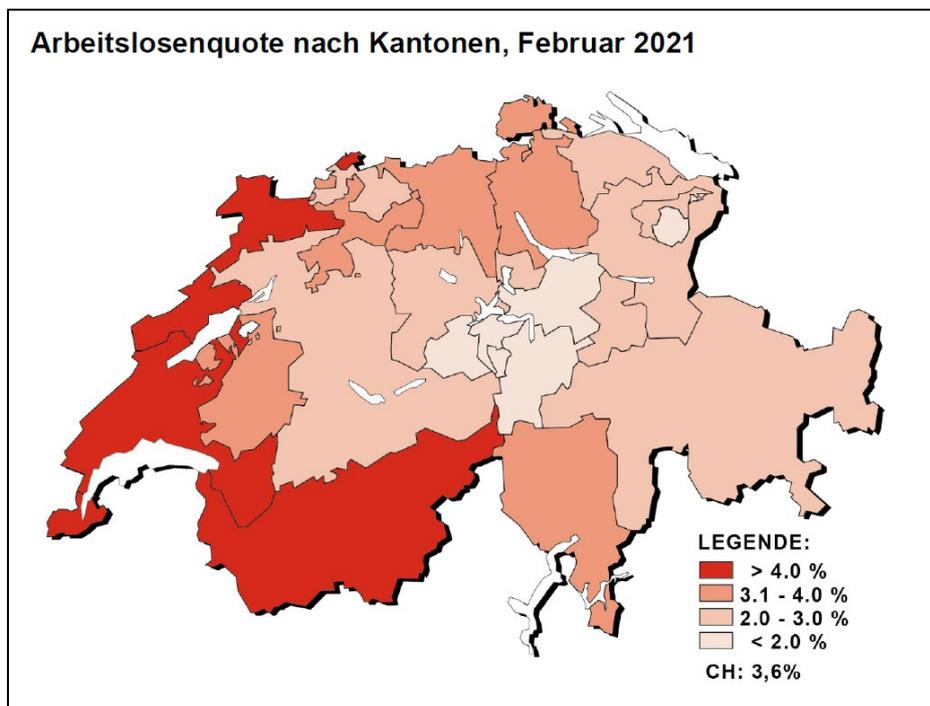
## **1. KONJUNKTURLAGE: DIE KRISE ALS BESCHLEUNIGER DER SOZIALEN POLARISIERUNG**

Lange vor Corona sank das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum der OECD-Mitgliedsstaaten von 5,7 Prozent in den 1960er Jahren auf 3,6 Prozent in den 1970er Jahren, 3,0 Prozent in den 1980er Jahren, 2,6 Prozent in den 1990er Jahren und 1,9 Prozent

zwischen 2000 und 2019.<sup>3</sup> Die schwache Konjunktur der letzten Jahre hat insgesamt zu einer Abschwächung der Dynamik auf dem Arbeitsmarkt geführt. Ältere Arbeitnehmer:innen, die ihre Stellen verlieren, haben immer grössere Schwierigkeiten, gleichwertige Beschäftigungsformen zu finden. Währenddessen sehen sich gut ausgebildete junge Arbeitsmarkteinsteiger:innen gezwungen, Hunderte von Bewerbungen zu schreiben, zahlreiche schlecht bezahlte Praktika zu absolvieren und sich permanent weiterzubilden, um schliesslich irgendwann auf einer enorm fordernden, befristeten Teilzeitstelle im mittleren oder oberen Bereich des Dienstleistungssektors zu landen. Insgesamt hat sich die Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt zwischen überarbeiteten, gutverdienenden Fachkräften auf der einen und unterbeschäftigten, schlechtbezahlten Geringqualifizierten auf der anderen Seite bereits in den Jahren vor der Krise akzentuiert.

Die Corona-Krise verschärft diesen Trend. Sie hat deutliche Spuren in der Schweizer Wirtschaft und vor allem auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Ausbruch der Krise Anfang 2020 um rund **50'000 Menschen** auf rund 160'000 gestiegen. Die Arbeitslosenquote lag im Februar 2012 bei 3,6 Prozent. **Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich mehr als verdoppelt von 13'631 auf 29'670 (Dezember 2020), während die Zahl der Stellensuchenden von 190'000 auf rund 260'000 gestiegen ist. Es ist die höchste Zahl in den letzten 20 Jahren. Immer mehr Menschen sind über lange Zeit arbeitslos – auch länger als ein Jahr.** Damit wächst die Befürchtung, dass die Sockelarbeitslosigkeit steigen wird – beziehungsweise, dass mehr Menschen selbst nach einem allfälligen Ende der Pandemie nicht mehr in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Beratende der Arbeitslosenvermittlungen erzählen von immer mehr verzweifelten Arbeitslosen.

Die Regionen der Schweiz sind dabei sehr unterschiedlich betroffen:



<sup>3</sup> World Bank, World Development Indicators, 2020. Für die Schweiz: <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/2020-fragiles-wachstum-unsicherem-umfeld>.

Die Kurzarbeit hat dafür gesorgt, dass nicht noch mehr Menschen ihre Stelle verloren haben. Im November 2020 waren noch über 34'000 Betriebe in Kurzarbeit mit rund 300'000 Beschäftigten (auf dem Höhepunkt der Pandemie im April 2020 waren über 1 Million Menschen in Kurzarbeit). All diese Menschen haben Lohneinbussen in Kauf nehmen müssen. **Zwischen Januar und November 2020 hat die Schweiz 9,2 Milliarden Franken für Kurzarbeit ausgegeben. Weitere 6 Milliarden Franken für die Kurzarbeitsentschädigung wurden für 2021 eingestellt. Geht man bei einer Überschlagsrechnung davon aus, dass jeweils 80 Prozent der Löhne kompensiert wurde, waren damit Lohneinbussen von rund 3 Milliarden Franken verbunden.**

Grobe Schätzungen gehen von einer Corona-bedingten Unterbeschäftigung weltweit und in der Schweiz von 4 bis 5 Prozent aus. Der Rückgang des BIP dürfte 2020 bei rund 3,5 Prozent gelegen haben, für 2021 sind die Prognosen positiver, indem mit einem Wachstum von 3 Prozent gerechnet wird. Europaweit verzeichnen die Ökonomen einen Rückgang der Investitionen, was sich in tieferen Produktionskapazitäten auswirken dürfte.<sup>4</sup> Die hohe Unterbeschäftigung und der starke Wirtschaftseinbruch haben viele Ressourcen gekostet, was die Wirtschaftsentwicklung nach der Krise behindern dürfte. Die hohe Arbeitslosigkeit und der Rückzug von Personen aus dem Arbeitsmarkt könnten zu einem tieferen Beschäftigungsniveau führen. Auch Lehrabgänger:innen und Studierende haben aktuell teilweise grosse Mühe, in den Arbeitsmarkt einzusteigen, etwa weil sie nach der Lehre nicht im Betrieb bleiben können. Es besteht die Gefahr, dass ihnen dadurch auch längerfristig Nachteile auf dem Arbeitsmarkt entstehen.

Eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) hat gezeigt, dass **vor allem Haushalte mit einem niedrigen Einkommen besonders unter der Corona-Krise gelitten haben**, während Haushalte mit einem hohen Einkommen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind (die Studie ist im Februar 2021 erschienen)<sup>5</sup>. Personen mit einem tiefen Haushaltseinkommen von unter 4000 Franken vermeldeten seit Beginn der Pandemie im Durchschnitt einen sehr starken Einkommensrückgang von 20 Prozent.<sup>6</sup> 11 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen unter 4000 Franken gaben sogar an, die Ausgaben gesenkt zu haben, weil weniger Geld zur Verfügung stand. **Die unterschiedlichen Ausgaben und Einkommensveränderungen schlugen sich auch in den Ersparnissen der Haushalte nieder: Während diese bei Haushalten mit tiefen Einkommen deutlich gesunken sind, stiegen sie bei der Hälfte der Haushalte mit den höchsten Einkommen. Rund 39 Prozent der Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von weniger als 4000 Franken gaben darüber hinaus an, dass sie auf ihre Ersparnisse zurückgegriffen haben, um laufende Ausgaben zu decken.** «Das ist besonders erschreckend», wird KOF-Ökonomin Isabel Martínez im «Blick» zitiert. «Denn diese Menschen verdienen auch nach der Pandemie nicht plötzlich 6000 Franken. Wie sollen sie ihre Schulden begleichen?» Zwar hätten alle Einkommensklassen Verluste einstecken müssen. «Aber die Pandemie trifft nicht alle gleich», sagt Martínez. «Je ärmer, desto schlimmer.» Die unteren sozialen Klassen haben

---

<sup>4</sup> Die OECD Prognose für die Eurozone ist im Vgl. zu USA und China deutlich schlechter. Das wird uns als Schweiz auch betreffen, auch wenn Asien derzeit boomt. Siehe hier: <https://www.socialeurope.eu/europes-long-covid-economic-frailty>

<sup>5</sup> KOF: [Corona-Krise verschärft Ungleichheit in der Schweiz](#), 23. Februar 2021.

<sup>6</sup> Bei Personen aus Haushalten mit einem Monatseinkommen von mehr als 16'000 Franken sanken die Einkommen hingegen nur um 8 Prozent.

grössere Einkommens- und Gesundheitsrisiken zu tragen. Und sie haben weniger Ressourcen, sich zu wehren, weniger Mitbestimmungsrechte, keine Gewerkschaften oder Betriebsräte.<sup>7</sup> **Ein Teil der Selbständigen, denen die Kunden wegbleiben, alleinerziehende Mütter, Verschuldete, Rentner:innen ohne Vermögen, Papierlose und Marginalisierte fallen durch alle Netze, sie blieben von den Milliarden-Hilfsprogrammen ganz ausgeschlossen.**

Die **Ungleichheit hat auch einen deutlichen Gender-Aspekt**<sup>8</sup>, denn zwei Drittel der Tieflohnbezüger:innen sind weiblich, viele davon mit Migrationsvordergrund. Gemäss Bundesamt für Statistik waren die Frauen zumindest im 4. Quartal 2020 auch stärker von Stellenverlust betroffen. Gemäss der Beschäftigungsstatistik gingen im 4. Quartal 2020 insgesamt 0,4 Prozent der Stellen (minus 23'000 Stellen) innert Jahresfrist verloren. Bei den Frauen ging die Beschäftigung um 0,6 Prozent zurück (minus 14'000 Stellen), bei den Männern war ein Rückgang von 0,3 Prozent zu beobachten (minus 9000 Stellen).

Die oben zitierte KOF-Studie kommt zu einem deutlichen Ergebnis: **Generell zeigt sich, dass die Pandemie bestehende Ungleichheiten verschärft. Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung sind in den meisten Dimensionen – teils deutlich – stärker von der Krise betroffen als reichere Haushalte. Kurz: Gutverdienende haben profitiert, Geringqualifizierte sind noch stärker unter Druck geraten.**

Die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) hat Anfang 2021 entsprechend Alarm geschlagen: «Die wirtschaftlichen Langzeitfolgen der Covid-19-Krise sind schwer abzuschätzen. **Es ist aber davon auszugehen, dass ein Teil der Bevölkerung mittel- und langfristig Einbussen erleiden und auf Unterstützung angewiesen sein wird. Gefährdete Gruppen sind insbesondere Langzeitarbeitslose, die in Folge der Krise noch mehr Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt haben, sowie Selbständigerwerbende mit tiefem Einkommen.** Ein Teil dieser Gruppen wird in den nächsten zwei Jahren auf Sozialhilfe angewiesen sein.»<sup>9</sup> Im Referenz-Szenario wird sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Personen um 21 Prozent erhöhen. Dies hätte Kostenfolgen im Bereich der Sozialhilfe von 821 Millionen Franken. Die SKOS, als Fachverband für Sozialhilfe, appelliert an den Bundesrat die beschlossenen Massnahmen zur Unterstützung bis zum Ende der Coronapandemie weiterzuführen. Ein zu frühes Ende würde zwangsläufig zu einer Überlastung der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherheit führen. Ferner gilt es, der jungen

---

<sup>7</sup> Soziologe [Oliver Nachtwey](#) in der Süddeutschen Zeitung, 9. März 2021

<sup>8</sup> Zu Recht wird vor einer [KRISE NACH DER KRISE](#) gewarnt, Work-Zeitung vom 12. Juni 2020: «*Selbst in jenen Krisen, in denen Frauen von der ersten Entlassungswelle verschont bleiben als die Männer, treffen sie die sogenannten nachgelagerten Effekte wie zum Beispiel staatliche Sparmassnahmen tendenziell härter, weil mehrfach. Staatliche Sparpakete bedeuten meist einen Abbau im Gesundheits- und Betreuungsbereich, im Bildungssektor und bei den Sozialleistungen. Das spüren Frauen ganz direkt. Denn Kürzungen in der Kinderbetreuung oder in der Pflege haben zur Folge, dass vor allem Frauen diese Lücke in ihrem privaten Umfeld füllen und im Berufsleben zurückstecken müssen. Streichungen bei den Sozialleistungen treffen Frauen ebenfalls überproportional. Sie sind etwa wegen tieferer Löhne eher auf staatliche Unterstützung angewiesen. In der Schweiz sind 60 Prozent jener Personen, die Ergänzungsleistungen (EL) beziehen, weiblich. Anders als in der Finanzkrise von 2008 trifft die Coronakrise die Frauen jetzt schon von Anfang an und nicht erst «nachgelagert». Auch weil sie Teilzeit arbeiten. Und Firmen Teilzeitjobs zuerst streichen.*»

<sup>9</sup> SKOS, [Analysepapier](#) vom 7. Januar 2021.

Generation trotz Krise den Einstieg ins Erwerbsleben zu ermöglichen und gleichzeitig die Erwerbsbevölkerung mit gezielter Weiterbildung auf den digitalen Wandel vorzubereiten.

Diese Ausgangslage ist sowohl bei der Finanzierung der Corona-Ausgaben als auch für die Neustartprogramme nach der Krise zu berücksichtigen. Es gilt die Lehren auch aus der Sozialkrise zu ziehen, die diese Pandemie offengelegt hat. Es braucht Investitionen in den Gesundheits- und Carebereich, aber auch in die Sozialsysteme, um die Folgen der Corona-Krise fair zu kompensieren und sie für künftige Krisen robuster zu machen. **Es darf nicht sein, dass jene, die in der Krise die grössten Lasten getragen haben und die stärksten Einbussen verzeichnen mussten, im Nachgang der Krise noch schlechter dastehen als zuvor.** Der SP ist es gelungen, als kurzfristige Massnahme die Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung von 80 auf 100 Prozent Lohn bei tiefen Einkommen zu erreichen. Das reicht aber nicht. Die Schwelle ist mit 4000 Franken zu tief angesetzt. Auch beim Arbeitslosengeld müsste man gleich vorgehen und die Sozialversicherungen in der Schweiz generell krisenfester machen. Auch die Frage nach existenzsichernden Mindestlöhnen stellt sich mit neuer Brisanz.

Was die Konjunkturaussichten angeht, wird in der Schweiz für 2021 mit einer Erholung der Wirtschaft bis Ende Jahr gerechnet.<sup>10</sup> Auch hier zeichnet sich aber ein immer tieferer Graben ab. Während ein grosser Teil der Wirtschaft um die Existenz ringt und trotz Hilfsmassnahmen ein Corona-bedingter Strukturwandel eingesetzt hat, laufen andere Teile der Wirtschaft weiterhin relativ gut. Die Schweiz als Ganzes ist bisher recht glimpflich durch den zweiten Lockdown gekommen. Der Rückgang im Januar und Februar 2021 war viel kleiner als beim Lockdown im Frühling 2020. Dabei sind die Zahlen vor allem in der Industrie und den Exportbranchen (Pharma, Nahrungsmittel, Finanzsektor etc.) besser als erwartet: Die Absatzmärkte in Asien boomen. Aber auch innerhalb Europas laufen die Geschäfte ordentlich. **Beim ersten Lockdown im Frühling 2020 waren auf dem halben Kontinent die Industriebetriebe geschlossen. Jetzt funktionieren die industriellen Lieferketten weitgehend wieder. Besonders betroffen sind hingegen gewisse konsumnahe Branchen, die aber nur einen Anteil von 3 bis 5 Prozent am BIP ausmachen. Mithin hat der zweite Lockdown auch in der Wirtschaft eine Art Zweiklassengesellschaft geschaffen.** Die exportorientierte Industrie und manche Dienstleistungsbranchen (Banken, Versicherungen, Immobilienfirmen) laufen gut, während binnenorientierte Branchen wie der Detailhandel, die Gastronomie oder die Veranstaltungsbranche unter den Lockdowns leiden. Das geht auf explizit gewollte politische Entscheidungen zurück. Vor allem die Ladenschliessungen haben ihren Tribut gefordert: Die Umsätze des Non-Food-Detailhandels sind gegenüber dem Jahresanfang um rund 60 Prozent eingebrochen. Für Einzelhändler oder Gastronominnen mag es ein schwacher Trost sein, dass eine gut laufende Industrie grössere gesamtwirtschaftliche Einbussen verhindert hat.

**Die Geschichte lehrt aber, dass grosse Epidemien meist gravierende ökonomische Folgen nach sich ziehen.** Auf Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs folgt historisch gesehen in der Regel zunächst eine höhere Arbeitslosigkeit, die wiederum von einer Phase der Unterbeschäftigung und der steigenden Prekarisierung abgelöst wird. Der Zwang des

---

<sup>10</sup> <https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news.msg-id-82650.html>

Kapitals, die Produktionskosten nach der Krise zu senken, wird für die meisten Arbeitnehmer:innen vor allem eine Arbeitsintensivierung ohne entsprechende Lohnerhöhungen bedeuten. Diese Tendenz zeigt sich bereits jetzt. So hat die Krise für eine Verlagerung der Arbeit gesorgt: ins Ausland, auf Online-Plattformen und insgesamt hin zu prekären Arbeitsverhältnissen (Uber Eats statt Restaurants, nicht regulierte Berufe statt GAV-Branchen). Geschlossene Restaurants setzten z.B. auf Take-away oder Lieferangebote. Letzteres oft mit Hilfe von Kurierdiensten, etwa Uber Eats, eat.ch oder Smood. Diese machen gute Geschäfte. Die Umsätze haben sich vervielfacht. Wie das Konsumentenmagazin «Saldo» berichtete, springt dabei für Restaurants und Fahrer allerdings nicht viel raus. Die Lieferdienste verlangen vom Gastronomen bis zu 30 Prozent des Menüpreises. Und auch die Kurier:innen selbst werden mickrig entlohnt. Bei Smood kriegt ein:e Fahrer:in 19 Franken pro Stunde. Zuschläge für Abend- und Sonntagseinsätze gibt es nicht. Durch die Ausweitung einfacher Dienstleistungsarbeit, durch Universalisierung, Standardisierung und Verdichtung von Arbeit trägt gerade der digitale Kapitalismus zu einer weiteren Schwächung der Nachfragekraft der sozialen Gruppen bei, es führt zu Einnahmefällen von Dienstleistern in den urbanen Standorten; von der Verlagerung des Detailhandels ins Internet profitieren ausländische Anbieter wie Zalando oder Amazon u.a. überproportional, dadurch fließt mehr Kaufkraft aus der Schweiz ab.

**Ein besonderes Merkmal dieser Krise ist schliesslich, dass sie nicht nur Geringerqualifizierte am unteren Ende der Einkommenskala erfasst hat,** etwa das «neue Dienstleistungsproletariat» (Gebäudereinigung, Sicherheitsdienste, Paket- und Kurierdienste, Hotel- und Gastroangestellte, Verkäufer:innen, Logistik, Lagerarbeit, häusliche Pflegekräfte, Selbständige in der Gig Economy, Erzieher:innen, Fiseur:innen oder Kosmetiker:innen etc.).<sup>11</sup> Von der Krise betroffen sind auch Teile **der «neuen Mittelklassen» – etwa Menschen, die in der Kultur-, Wissens- oder Kreativbranche arbeiten, darunter viele (Solo-) Selbständige.** Sie leiden seit längerem unter unsicheren Zukunftsaussichten, einer Abwertung von Bildungstiteln, erschwerten Aufstiegsmöglichkeiten, sinkenden Löhnen, hohem Leistungs- und Konkurrenzdruck, steigenden Krankenkassenprämien, Miet- und Immobilienpreisen und hohen Ausgaben für die Kinderbetreuung. Die Krise wird dieses Unsicherheitsgefühl weiter verstärken. Gerade kleine Unternehmen sind stark betroffen. Restaurants, Cafés, Clubs, kleine Geschäfte, Kulturveranstalter:innen, Künstler:innen, Betriebe im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (Yoga-Studios, Tanzstudios, Fitnesscenter, etc.). Auch hier haben die finanziellen Überbrückungshilfen – gerade dank der SP – kurzfristig geholfen, dennoch wird ein grosser Nachhol- und Aufholbedarf bestehen bleiben.

## **2. CORONA-SCHULDEN STEHEN LASSEN - WIDER DEN RECHTEN SCHULDENALARMISMUS**

Der Bund rechnet trotz Corona-Pandemie (und dem immerhin stärksten Wirtschaftseinbruch seit 1975) im Hinblick auf den Staatshaushalt für die mittlere Frist nicht mit einer länger

---

<sup>11</sup> Vgl. hierzu etwa das Interview mit Philipp Staab <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2014/arbeit/die-unsichtbaren>.

andauernden Rezession. Entsprechend rechnet er von 2022 bis 2024 vor allem auch dank der höheren Ausschüttungen der Schweizer Nationalbank (6 Milliarden Franken bereits für 2020 und weitere vier Jahre; der Bund erhält 2 Milliarden, zwei Drittel gehen an die Kantone) mit ausgeglichenen oder sogar positiven Rechnungsabschlüssen (strukturelle Überschüsse von 1,2 Milliarden Franken für 2022 und 2023, für 2024 sogar 1,4 Milliarden). Dies auch deshalb, weil die Corona-Ausgaben als ausserordentliche Ausgaben betrachtet werden, was sie auch tatsächlich sind, und deshalb nicht in diesen Zahlen enthalten sind.

Dennoch hat der Bundesrat bereits Ende 2020 (letzte bekannt gewordene Pläne) deutlich gemacht, wie er mit den so genannten «Corona-Schulden» umzugehen gedenkt. Die damaligen «Corona-Schulden» von rund 15 Milliarden Franken wollte er nämlich über die Zeit wieder abbauen. Inzwischen wird mit Corona-bedingten Schulden von ca. 45 Milliarden Franken gerechnet. Geht es nach den Plänen des Finanzministers, so würde er zwar auf Steuererhöhungen und Abbaupakete verzichten (das Parlament hat ihn in den Legislaturzielen auch darauf verpflichtet), ja er hätte auch die Gewinnausschüttungen der Nationalbank (SNB) nicht angetastet: Vielmehr sollten die Corona-Schulden über mindestens 15 Jahre über die so genannten Kreditreste im Bundesbudget abgestottert werden. Die Absicht des Finanzministers: Jeden noch bestehenden Spielraum aus dem Bundeshaushalt nehmen.

Für die SP ist das der falsche Weg ist. **Die Corona-Ausgaben sind als ausserordentliche Ausgaben zu betrachten und auch finanztechnisch so zu behandeln – die daraus entstehende Verschuldung muss und soll nicht zurückgeführt/abgebaut werden – das ist unnötig und wäre wirtschaftspolitisch völlig kontraproduktiv.** Eine Sparpolitik- und Abbaupolitik würde die volkswirtschaftliche Erholung gefährden. Das gilt auch für die kantonale Ebene.<sup>12</sup>

**Nicht nur Abbauprogramme sind abzulehnen, sondern auch jede Form von Steuerensenkungen. Das käme einer frivolen Plünderung der Staatskasse gleich und würde den völlig falschen Adressaten zugutekommen und die Ungleichheit in der Gesellschaft nur verschlimmern: Die auf Bundesebene geplante Abschaffung der Stempelsteuer und der Industriezölle, der Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung, die Erhöhung des Krankenkassenprämien-Abzugs bei der Bundessteuer sowie die verfassungswidrige Tonnage-Tax müssen endlich aufgegeben werden.**

---

<sup>12</sup> Siehe dazu auch den KOF-Beitrag: <https://kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/news/kof-bulletin/kof-bulletin/2021/01/was-bedeutet-die-hoehere-staatsverschuldung-fuer-die-schweiz.html>

«Für die Schweiz erwartete der Bund Ende September bei der Schuldenquote nach der Maastricht-Berechnungsweise einen krisenbedingten Anstieg von 25.8% um 3.4 Prozentpunkte (PP). Im Oktober schätzte die KOF, dass sich die Schweizer Staatsschuldenquote infolge der Pandemie um 4.5 PP erhöhen dürfte. Im Vergleich mit dem Euroraum, für welchen 2020 mit einem Anstieg von fast 16 PP gerechnet wird, und den USA, für die sogar eine Zunahme von über 19 PP erwartet wird, befinden sich die Schweizer öffentlichen Finanzen also in einer vergleichsweise komfortablen Lage. Infolge der zweiten Pandemiewelle dürfte der Anstieg der Schweizer Schuldenquote zwar derzeit nicht belastbarer prognostizierbar sein. Aber selbst bei einem Anstieg um 10 PP oder – wenn es viel schlimmer käme, als bislang zu erwarten – gar 20 PP wären Schuldenquoten von gut 35% oder gar 45% nach überstandener Krise im internationalen Vergleich noch immer äusserst niedrig. (...) Die Schweizer Staatsfinanzen befinden sich in und nach der aktuellen Krise also in jeder Hinsicht in einer soliden Verfassung. Der vielfach geforderte schnelle Schuldenabbau ist damit nicht zwingend, allzumal bereits eine Rückkehr zu einem zukünftig über den Zyklus ausgeglichen Staatshaushalt die Schuldenquote schnell senken würde. (...) Anleihen des Bundes mit dieser Laufzeit werden momentan mit negativen Zinsen gezeichnet, so dass der Bund sogar Einkommen erzielt, wenn er den nominellen Schuldenstand konstant hielte, bis die Schuldenquote wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken ist.»

Oder auch hier: <https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/warum-die-covid-19-schulden-nicht-stehen-lassen?par-tid=11947009>

Genauso falsch wäre es deshalb auch, als Reaktion auf die Corona-Krise die Arbeit stärker zu besteuern, seien es Steuern auf Arbeitseinkommen oder Konsumsteuern (Mehrwertsteuer). **Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Das Kapital und die Kapitalgewinne, die Profiteure der Krise müssen einen fairen Teil der gesellschaftlichen Kosten der Pandemie und ihrer Folgen tragen.**

Ein Schuldenabbau macht auch makroökonomisch und im Vergleich zur internationalen Wirtschaftslage keinen Sinn. Die Schweiz bleibt immer noch eines der am wenigsten verschuldeten Länder der Welt. Die Corona-Krise trifft die sogenannten Euro-Krisenländer besonders stark, was im Euroraum wieder zu neuen Spannungen und Unsicherheiten führen kann. Dadurch droht der Franken wieder unter Aufwertungsdruck zu geraten. Mit einem Schuldenabbau würde dieser Druck völlig unnötig noch verstärkt. Und die Schulden lassen sich auch so – ohne weitere Vorkehrungen – abbauen. Eine Studie, die von der SP präsentiert wurde,<sup>13</sup> hat klar gezeigt, dass sich die Verschuldungssituation des Bundes seit Einführung der Schuldenbremse 2003 fundamental geändert hat. **Die Studie belegt, dass bei sehr tiefen Zinsen (aktuelle Situation) Staatsschulden sehr viel leichter zu stabilisieren sind. Die Kernaussage der Studie führt wissenschaftlich detailliert aus, dass solange der Zinssatz für Staatsobligation unter der BIP-Wachstumsrate liegt, die Staatsschulden quasi «intrinsisch» sinken. Die Studie kam im April 2020, auf dem Höhepunkt der Corona-Krise, zum Schluss, dass selbst ein Realzinssatz von 0% zu einem vollständigen Corona-Schuldenabbau bis 2040 führen würde – ohne weiteres Zutun.**

Namhafte Ökonom:innen halten fest: Die Schuldenquote von Bund, Kantonen und Gemeinden – die Summe der Schulden im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt – dürfte mit Corona von knapp 26 auf etwa 32 Prozent steigen. Das ist weniger als um die Jahrtausendwende und im internationalen Vergleich noch einmal sehr viel weniger. Deutschland hat eine Schuldenquote über 70 Prozent, Österreich über 80 Prozent, Italien 160 Prozent. **Wir werden die Corona-Schulden spätestens in 10, 15 Jahren abgebaut haben – ohne dass wir deswegen spezielle Massnahmen ergreifen müssen,** sagt deshalb auch der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann. Die Chefökonomin der OECD, Laurence Boone, hat die Länder vor einer Sparpolitik ausdrücklich gewarnt: Die Austeritätspolitik nach der Finanzkrise sei ein grosser Fehler gewesen: «Die erste Lektion daraus lautet, dass Regierungen bis zu zwei Jahre nach dem Krisentiefpunkt nicht auf die Bremse treten sollten». Die Staatsausgaben würden auch «sozial» ausgleichend wirken. Denn die Geldschwemme der Notenbanken führe nur zu mehr Ungleichheit, weil das Geld nicht in produktive Investitionen oder Arbeitsplätze fliesst und deshalb der Realwirtschaft kaum nützt. Vielmehr fliesst ein grosser Teil dieser Gelder in spekulative Anlagen, an die Börsen- und Kapitalmärkte. Ausgaben der gewählten Regierungen hingegen seien nicht nur demokratisch besser legitimiert als jene der Technokrat:innen in den Zentralbanken; die Regierungen könnten ihre Ausgaben auch gezielter zum Wohl der Gesamtwirtschaft einsetzen (siehe weiter unten).<sup>14</sup> Die Risiken und Unsicherheiten im Hinblick auf die Zeit nach Corona dürfen jedenfalls nicht unterschätzt werden. Wichtig ist, dass die Gefahren rechtzeitig erkannt und wirtschaftspolitisch Gegensteuer gegeben wird. Die Wirtschaftspolitik sollte so ausgerichtet werden, dass man lieber mit

---

<sup>13</sup> The «burden» of Swiss public debt: Lessons from research and options for the future: <https://ideas.repec.org/p/gii/gii-hei/heidwp14-2019.html>

<sup>14</sup> <https://www.tagesanzeiger.ch/oekonomen-warnen-jetzt-bloss-nicht-anfangen-zu-sparen-536773372694>

konjunkturellen Stabilisierungs- und Stimulierungsmassnahmen eine leichte Überhitzung riskiert, als eine hartnäckige und langanhaltend hohe Arbeitslosigkeit zulässt.

### 3. IMPULSPROGRAMMPLAN FÜR EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE ERNEUERUNG<sup>15</sup>

Auch wenn es nicht so sichtbar und nicht von allen so empfunden wird, die Covid-Pandemie hat zur schwersten Rezession in der Schweizer Wirtschaft seit 45 Jahren geführt und das Ende ist noch nicht abzusehen. Die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben grosse Teile des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens lahmgelegt. In der Wirtschaft wurden Geschäftsmodelle entwertet, Absatzmärkte sind von einem Tag auf den anderen weggebrochen und Kaufentscheide aufgeschoben oder ganz aufgehoben worden. Viele Unternehmen, auch solche, die keine Covid-Hilfen des Bundes in Anspruch genommen haben, mussten ihre Reserven aufbrauchen. **Umso wichtiger ist jetzt ein Aufbauprogramm, das den Kampf gegen soziale Ungleichheit, Prekarisierung und Umweltzerstörung aufnimmt und kombiniert. Eines das soziale Gerechtigkeit mit Klimagerechtigkeit konsequent verbindet.** Dazu braucht es erstens eine solide soziale Absicherung, um der *individuellen* Prekarisierung entgegenzutreten (etwa durch höhere Mindestlöhne, eine Aufwertung von prekären Dienstleistungsberufen, durch eine Job- und Lehrstellen-Garantie, durch die Einführung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung)<sup>16</sup>; dazu braucht es zweitens einen robusten öffentlichen Sektor, um der *gesellschaftlichen* Prekarisierung entgegenzuwirken (z.B. durch einen Ausbau der Flankierenden Massnahmen zum Schutz von Arbeitnehmern:innen in den Dienstleistungsberufen, oder v.a. durch Investitionen in den Service Public); und dazu braucht es drittens entschlossene Massnahmen gegen den Klimawandel, der die Lebensgrundlagen aller gefährdet.

Die SP sieht vor allem in den Bereichen Aus- und Weiterbildung (auch für die ältere Generation), Umschulungen (gerade in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit), Digitalisierung, Energiewende sowie im nachhaltigen Tourismus wichtige Felder, auf denen der Staat aktiv werden muss.<sup>17</sup> Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass ganze Branchen sich noch lange Zeit nicht wieder oder nicht mehr im gleichen Ausmass erholen werden (v.a. Reisebranche, Tourismus, Flugindustrie, andere). Die Umschulung, Weiterbildung und der Wiedereinstieg von Menschen, die bereits eine Ausbildung und Arbeitserfahrung haben, wird damit immer wichtiger. Dafür braucht es erwachsenengerechte Angebote und Finanzierungsmodelle. Dies gilt vor allem auch für Arbeitende über 50 Jahre. Für diese Menschen braucht es eine Erwachsenenbildung mit Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden, damit Arbeitsunterbrüche möglichst kurzgehalten werden und die neuen Ausbildungen in reelle Chancen auf dem Arbeitsmarkt münden.

---

<sup>15</sup> Zu den konkreten Forderungen siehe separates Forderungspapier

<sup>16</sup> Diese Forderungen werden vor allem auch Thema sein am Parteitag vom 28. August 2021

<sup>17</sup> Die SP hat diese Forderungen schon sehr früh gestellt. Vgl. <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienkonferenzen/mit-solidaritat-gegen-die-corona-krise-sp-prasentiert> oder [20.1037](https://www.parlament.ch/de/rachbetriebene/doc/doc0201037) DRINGLICHE ANFRAGE SP-Fraktion Den Corona-bedingten Strukturwandel mit einem nachhaltigen Konjunktur-Impulsprogramm begleiten und unterstützen vom 10.09.2020.

Alle Arbeitssuchenden sollen ein Recht auf konkrete Laufbahnplanung erhalten. Im Rahmen der Arbeitslosenversicherung brauchen die RAV genügend Mittel, um die Arbeitssuchenden gezielt beim Finden einer neuen Arbeitsstelle unterstützen zu können. Das aktuelle System der degressiven Finanzierung von arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM), das den Kantonen mit höheren Arbeitslosenraten weniger Geld pro Kopf zugesteht, ist ungerecht und kontraproduktiv.<sup>18</sup>

Der erfolgreiche Abschluss einer Berufslehre ist gleichbedeutend mit dem Start ins Berufsleben, legt den Grundstein für ein eigenständiges Leben und eröffnet Perspektiven für den weiteren beruflichen Weg. Ein schlechter Start ins Berufsleben schmälert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit langfristigen Folgen. Der Bund soll deshalb mit Stipendien den Einstieg, die Weiterbeschäftigung oder die Umschulung von Berufseinsteiger:innen unterstützen und so verhindern, dass sich eine schlechte Beschäftigungssituation zum Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses negativ auf den Berufseinstieg auswirkt.<sup>19</sup>

Diese Krise hat den Prozess der Digitalisierung unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung beschleunigt. Neben den Beschäftigten in den dauerhaft geschwächten Branchen werden diejenigen stärker unter Druck geraten, die sich schlecht in einer digitalisierten Wirtschaft zurechtfinden. Daraus ergibt sich ein erheblicher Umschulungsbedarf, der bedeutende Investitionen in die Aus- und Weiterbildung erfordert (Ausbildungsfonds). Es muss ein Umschulungsplan aufgestellt werden, der diese Arbeitnehmenden (unabhängig vom Alter und Ausbildungsstand) auf dem Arbeitsmarkt begleitet. Die Aktivierungsmassnahmen der Arbeitslosenversicherung müssen durch ein substantielles Angebot an staatlich koordinierten Ausbildungen ergänzt werden.

In dieser Krise haben sich Home-Office und Fernunterricht etabliert. Es zeigt sich, dass die digitale Infrastruktur in einigen Landesteilen noch immer völlig unzureichend ist. Der Bund muss dafür sorgen, dass jedes Dorf, jedes Quartier, jeder Weiler an das Glasfasernetz angeschlossen und der gesamten Bevölkerung eine Basisinfrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Ebenso müssen die Grenzen der Digitalisierung im Bildungsbereich, insbesondere im Hinblick auf die Chancengleichheit, angegangen werden.

Auch für die Politik und die Zivilgesellschaft ist es eine Herausforderung, sich zu digitalisieren. Auch hier entstehen grosse Abhängigkeiten von nicht zu kontrollierenden, v.a. US-amerikanischen Tech-Giganten. Es ist für eine Demokratie nicht hinnehmbar, dass sie von antidemokratisch handelnden Monopolfirmen abhängig ist. Der Bund soll darum Fördermittel zur Verfügung stellen, um die Entwicklung von offenen, demokratisch kontrollierten Lösungen für die Zivilgesellschaft zu erleichtern. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass jeweils mehrere Organisationen zusammen eine Lösung anstreben und sie diese selber oder von einheimischen Privaten, aber als Open-source-Lösung entwickeln (lassen). Auch gilt es möglichst bald den wichtigen und zukunftsweisenden «EU Digital Service Act»

---

<sup>18</sup> Dazu die Forderungen der SP in Arbeit und Ausbildung für alle, April 2019. <https://www.sp-ps.ch/de/kampagnen/unsere-18-forderungen-zum-recht-auf-arbeit-und-ausbildung-fuer-alle>

<sup>19</sup> Dazu [20.4567](#) INTERPELLATION Sandra Locher Benguerel

zur Kenntnis zu nehmen und die entsprechenden Forderungen auch für die Schweiz umzusetzen.<sup>20</sup>

Vergleichbar mit dem Bildungsbereich hat sich auch gezeigt, dass im Kulturbereich kaum digitale Lösungen vorhanden sind. Es ist weder die Kernkompetenz der Kulturschaffenden noch deren zentrales Interesse, die Infrastruktur zu schaffen und zu betreiben, welche ihnen ein Arbeiten in Krisensituationen ermöglicht. Auch hier führt dies zu den üblichen Abhängigkeiten. Digitale Lösungen könnten aber auch ausserhalb der Krisensituation ein Mittel sein, um zusätzliches Publikum zu erschliessen. Der Bund soll darum die Entwicklung und den Betrieb einer nationalen Plattform für digitalisierte Kulturangebote ausschreiben und Entwicklung und Betrieb finanzieren.

Die globale Klimaerwärmung ist zweifelsohne die grösste Herausforderung unserer Epoche und ist zur zentralen Lebensfrage unserer Gesellschaften avanciert. So plant etwa die EU den grössten «green stimulus», den es je gegeben hat, indem in den nächsten Jahren bis zu 500 Milliarden Euro (EU-Haushalt und Recovery Plan) in grüne und digitale Transitionsprogramme investiert werden sollen. An diesen grossen Wiederaufbauprogrammen sollte sich die Schweiz aktiv und mit eigenen Beiträgen beteiligen. Die Schweiz gerät aber ins Hintertreffen, wenn sie wirtschaftspolitisch auch national nicht mitzuhalten versucht. Die Corona-Krise hat die Schweiz auf dem falschen Fuss erwischt. Das Risiko war bekannt, trotzdem hat man sich nicht darauf vorbereitet. **Während die Corona-Krise vorübergehen wird, weil es sich um eine akute Herausforderung handelt, ist ein Ende der globalen Klimakatastrophe nicht absehbar. Umso rascher muss nun gehandelt werden.** Für uns als sozialdemokratische Partei ist klar, dass eine ambitionierte **Klimapolitik** nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie **konsequent mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Armuts- und Prekaritätssbekämpfung verbunden wird**, wenn sie der «neuen sozialen Frage» der Gegenwart – steigende ökonomische Ungewissheit, Prekarisierung – Rechnung trägt.

#### 4. SOLIDARISCHE FINANZIERUNG DES NEUSTARTS

In Kapitel 2 dieses Analysepapiers haben wir ausgeführt, warum es ökonomisch sinnvoll und zudem sozial gerecht ist, die Corona-Ausgaben als einmalige Sonderausgaben stehen zu lassen und auf eine Rückzahlung und die daraus resultierenden Kürzungsprogramme zu verzichten. In Kapitel 4 geht es nun darum, wie das Neustart-Programm nach der Krise und die daraus abgeleiteten Forderungen (siehe separates Forderungspapier) finanziert werden können. Denn hier handelt es sich nicht mehr um einmalige Sonderausgaben, sondern um wiederkehrende und langfristige Investitionen in einen sozialen und ökologischen Neustart.

Die SP hat bereits zu Beginn der Krise festgehalten, dass sie nicht akzeptieren wird, dass die Kosten des Wiederaufbaus auf die Schwächsten und den Mittelstand abgewälzt werden. Sie fordert einen landesweiten, solidarischen Effort und eine entschlossene Politik von Bund, Kantonen und Gemeinden. Unsere Verfassung hält fest, «dass die Stärke des Volkes sich

---

<sup>20</sup> [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act-ensuring-safe-and-accountable-online-environment\\_en](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act-ensuring-safe-and-accountable-online-environment_en)

misst am Wohl der Schwächsten». Das gilt zuerst und zuvorderst in dieser Krise. **Die Wohlhabendsten und die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren, müssen deshalb an erster Stelle ihren Beitrag leisten, um das Funktionieren des Staates aufrechtzuerhalten und die Kaufkraft der Bevölkerung zu garantieren.**

Die Realität in der Schweizer Konzernwirtschaft sieht anders aus. Während dieses Analysepapier entstand, kündigte die UBS Rekordboni für ihre Führungsscrew an. Die Medien titelten: «UBS: Das oberste ein Prozent im Bonusregen»<sup>21</sup>. 3,3 Milliarden Dollar hat die UBS für 2020 in ihren Bonustopf geschüttet, wie dem Geschäftsbericht der Grossbank zu entnehmen ist. 1 Milliarde Dollar geht an das vergleichsweise kleine Grüppchen der sogenannten «Key Risk Takers» der UBS. Rund 30 Prozent der gesamten Bonussumme gehen somit an weniger als 1 Prozent der UBS-Belegschaft – in der Grossbank herrscht ein tiefer Graben der Lohnungleichheit.

Schlagzeilen gemacht haben in der Pandemie auch die Familienunternehmen Ems-Chemie und Swatch Group. Beide schütteten hohe Dividenden (mit einer Teilbesteuerung, weil qualifizierte Minderheiten) aus – obwohl beide Unternehmen Teile der Belegschaft in Kurzarbeit schickten, oder wie im Falle von Swatch auch noch 10 Prozent der Belegschaft oder rund 3700 Stellen abgebaut haben. Der Ems-Chemie-Konzern schüttete für 2020 eine Dividende von 398 Millionen Franken aus, davon 263 Millionen an Magdalena Martullo-Blocher, Rahel Blocher und Miriam Baumann-Blocher. Die drei Schwestern gehören damit zu den grössten Dividendenbezügerinnen des Jahres. Und obwohl die weltgrösste Uhrenherstellerin Swatch Group erstmals rote Zahlen schreibt, will der Verwaltungsrat eine Dividende von 181 Millionen ausrichten. 43 Millionen davon gehen an die Familien von Konzernchef Nick Hayek, Verwaltungsratspräsidentin Nayla Hayek und Alt-Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Und dies, obwohl im vergangenen Jahr 12'000 Beschäftigte des Uhrenkonzerns vorübergehend ihren Lohn von der Arbeitslosenversicherung erhielten oder immer noch erhalten.<sup>22</sup>

**Es ist schon bemerkenswert, dass die Schweiz gerade in der Corona-Pandemie sich zum «Paradies für Dividenden» oder zum «Dividendenwunderland» aufschwang.<sup>23</sup> Gemäss der Investmentgesellschaft Henderson waren die helvetischen Unternehmen in Europa die einzigen, die 2020 gegenüber dem Vorjahr die Ausschüttungen ausweiten konnten.** Mit einem Plus von 6,6 Prozent auf 41,9 Milliarden Dollar ist das Land zum grössten Dividendenzahler des Kontinents aufgestiegen und hat Deutschland und Frankreich überholt. Das hat auch mit den Vorgaben der Aufsichtsbehörden: In der EU wurde den Geschäftsbanken ein temporärer Dividendenstopp auferlegt, in der Schweiz nicht (trotz den Milliardenunterstützungen durch die SNB). Mit dem perversen Effekt, dass ausländische Anleger an die Schweizer Börse gelenkt werden und die SNB sich zu noch grösseren Interventionen genötigt sieht. Inzwischen sind die Vermögen in der Schweiz auf das Siebenfache der Einkommen geklettert. Das Finanzvermögen ist dabei vor allem bei den Reichsten konzentriert. Das reichste Prozent in der Schweiz verfügt über rund 40 Prozent aller Vermögen.

<sup>21</sup> <https://www.finews.ch/news/banken/45339-ubs-bonus-2020-risk-takers-ungleichheit>

<sup>22</sup> <https://www.20min.ch/story/blochers-und-hayeks-zahlen-sich-hohe-dividenden-aus-645271802270> und <https://www.tagesanzeiger.ch/blochers-und-hayeks-sahnen-trotz-kurzarbeit-und-entlassungen-ab-844740377040>

<sup>23</sup> <https://www.fuw.ch/article/die-schweiz-ist-ein-paradies-fuer-dividenden/>

**Ein besseres Argument für die Annahme der 99%-Initiative kann man sich kaum ausdenken. Die Initiative wird voraussichtlich im Herbst zur Abstimmung kommen. Ausserdem gilt: Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto krisenanfälliger ist sie. Die 99%-Initiative, die Kapitaleinkommen höher und Arbeitseinkommen tiefer besteuern will, sorgt darum nicht nur für eine gerechtere Rückverteilung der Einkommen. Sie reduziert auch die Ungleichheit und damit die Anfälligkeit unserer Gesellschaft für künftige Krisen.**

Noch einmal: Die unmittelbaren ausserordentlichen Corona-Ausgaben (wie Kurzarbeitsentschädigung, Härtefallprogramm, Impf- und Testkosten, etc.) kann und soll die Schweiz über die Erhöhung der Staatsschulden finanzieren (siehe Kapitel 2). Für die solidarische Finanzierung des dringend notwendigen Neustartprogramms für die Jahre 2022 und 2023 gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die SP hat bereits mehrere Finanzierungsvorschläge im Parlament vorgelegt: Zum Beispiel die **Einführung einer Solidaritätsabgabe auf Milliardenvermögen zur Finanzierung des Neustart-Programms**<sup>24</sup>. Oder einen **ausserordentlichen Solidaritätszuschlag auf die Gewinnsteuern für Unternehmen (siehe UBS), die in der Krise Gewinne geschrieben haben**.<sup>25</sup> In die gleiche Richtung zielt unsere **Forderung, dass die Digitalunternehmen stärker in die Steuerpflicht genommen werden**.<sup>26</sup> So haben wir bereits eine Abgabe auf dem in der Schweiz erzielten Umsatz von Internetriesen gefordert, die ihre in der Schweiz erzielten Gewinne offenkundig nicht hier versteuern.<sup>27</sup> Geprüft werden soll auch, wie alternativ nicht der in der Schweiz erzielte Umsatz dieser Unternehmen besteuert werden soll, sondern mittelfristig eine Abgabe auf die hier gesammelten Daten der Nutzer:innen.<sup>28</sup>

Eine weitere Forderung, die auch bereits am Anfang der Krise erhoben wurde, betrifft die Ausschüttungsreserven der Nationalbank. Die Aussicht, dass der Bund als Folge der Schuldenbremse künftig wichtige Ausgaben und Investitionen zurückstellen muss, während die Nationalbank auf über 900 Milliarden Franken an Reserven und 91 Milliarden Franken an aufgelaufenen Gewinnen sitzt, dürfte schwer zu vermitteln sein.<sup>29</sup> Die SP fordert schon lange eine einmalige Zahlung der SNB zur Unterstützung der Sozialversicherungen (v.a. für die AHV). **Eine zweite einmalige Zahlung aus den Ausschüttungsreserven der Nationalbank soll für die Finanzierung des Wiederanlaufplans dienen.**

**Für längerfristige Projekte, gerade im Klimaschutz und für die Digitalisierung, ist schliesslich ein Staatsfonds einzurichten.**<sup>30</sup> Die von der SP präsentierte Studie (siehe

---

<sup>24</sup> 20.3203 MOTION SP-Fraktion vom 4.5.2020

<sup>25</sup> 20.3947 MOTION SP-Fraktion vom 8.9.2020

<sup>26</sup> [20.4676](#) Motion Vorbereitung der Einführung einer Digitalsteuer

<sup>27</sup> [19.424](#) PARLAMENTARISCHE INITIATIVE

<sup>28</sup> Die SP bewegt sich hier im Einklang mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES), die eine neue steuerpolitische Agenda beschlossen hat, die sich entlang von vier Achsen bewegen soll, nämlich die Besteuerung von grossem Vermögen (wealth taxation), die Besteuerung von Daten (data taxation), Umweltsteuern (environmental taxation) und eine fairere Unternehmensbesteuerung (vor allem unter Einbezug der grossen Digitalunternehmen): *While the COVID-19 vaccine has brought hope, a return to pre-pandemic life does not mean an immediate return to business as usual. It will be a process that will take time. The catastrophic effects of the virus underline why a well-functioning welfare state - funded by a just tax system - is so important. Europe's socialists and democrats believe everyone must pay their fair share by developing progressive tax policies including wealth, environmental, digital, corporate and data taxes.*

<sup>30</sup> Siehe auch Forderung nach Schweizfonds von 100 Mrd. der beiden KOF-Professoren Gersbach und Sturm <https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2020/03/ein-schweizfonds-mit-100-mia-franken-als-zweiter-pfeiler/>

Kapitel 2) empfahl der Schweiz, die Tiefzinssituation und das Vertrauen in den Schweizer Franken stärker zu nutzen und einen Staatsfonds zu gründen, der zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen würde für die Finanzierung von Investitionen zugunsten einer rascheren Digitalisierung der Schweiz sowie der Bekämpfung des Klimawandels. Der Staat würde eine Einlage in diesen Fonds machen (10% des BIP) und diese mit Staatsobligationen finanzieren. Da die Zinsen für die Staatsobligationen tief bzw. negativ sind, generiert der Fonds nicht nur Gewinne auf den Anlagen, sondern auch Negativzinseinnahmen.<sup>31</sup> Die Schweiz muss sich auch überlegen, wie sie mithelfen kann, das internationale Wirtschaftsumfeld zu stabilisieren. Die internationale Verschuldung, vor allem in den ärmeren Ländern ist dramatisch gestiegen, eine internationale Schuldenkonferenz wird sich kaum vermeiden lassen. Die Schweiz muss sich hier an einer Schuldentilgung und Schuldenschnitten beteiligen.

---

<sup>31</sup> A sovereign wealth fund is an option: The low – even negative – yields required by global investors to hold the Swiss government bonds show that the country has a substantial intangible asset, namely the trust of the world. The Swiss Confederation could take advantage of this through a sovereign wealth fund. The fund would be funded by long-term government bonds and invested in higher return assets. While the idea of a Swiss sovereign wealth fund is often raised in the media, it is usually linked to the large size of the Swiss National Bank's balance sheet. By contrast, we consider a fund entirely distinct from the central bank, as the two institutions have profoundly different mandates. Considering a range of possible returns, we estimate that a fund of 10% of GDP could generate an annual gain between CHF 0.7 and 2.1 billion (0.1% to 0.3% of GDP). These estimates give an order of magnitude and should be completed with finer analyses to get a more precise picture. While it will of course be important to carefully design the governance structure of the fund so that it can focus on its main task, the governance challenges are manageable.  
<https://cepr.org/content/new-cepr-policy-insight-%E2%80%98burden%E2%80%99-swiss-public-debt-lessons-research-and-options-future>  
<https://de.investing.com/rates-bonds/switzerland-government-bonds>